Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10619

06. 05. 98

Antrag

der Abgeordneten Joachim Poß, Achim Großmann, Ingrid Matthäus-Maier, Hans Büttner (Ingolstadt), Marion Caspers-Merk, Ludwig Eich, Norbert Formanski, Iris Gleicke, Dieter Grasedieck, Dr. Barbara Hendricks, Frank Hofmann (Volkach), Wolfgang Ilte, Gabriele Iwersen, Nicolette Kressl, Volker Kröning, Detlev von Larcher, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Winfried Mante, Angelika Mertens, Albrecht Papenroth, Otto Reschke, Bernd Scheelen, Siegfried Scheffler, Horst Schild, Walter Schöler, Reinhard Schultz (Everswinkel), Volkmar Schultz (Köln), Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Jörg-Otto Spiller, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Lydia Westrich, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Verlängerung der ökologischen Komponente bei der Eigenheimzulage

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die mit dem Eigenheimzulagengesetz eingeführte und bis zum 31. Dezember 1998 befristete zusätzliche Förderung von Anlagen zur Energieeinsparung (Solaranlagen, Wärmepumpen und Anlagen zur Wärmerückgewinnung) und die zusätzliche Förderung von Wohnungen, die sich in einem Gebäude befinden, dessen Jahres-Heizwärmebedarf den Anforderungen nach der Wärmeschutzverordnung 1994 um mindestens 25 % unterschreitet (sog. Niedrigenergiehaus-Zulage), um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1999 zu verlängern.

Bonn, den 6. Mai 1998

Joachim Poß
Achim Großmann
Ingrid Matthäus-Maier
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Ludwig Eich
Norbert Formanski
Iris Gleicke
Dieter Grasedieck
Dr. Barbara Hendricks
Frank Hofmann (Volkach)
Wolfgang Ilte
Gabriele Iwersen
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Detlev von Larcher
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Angelika Mertens
Albrecht Papenroth
Otto Reschke
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Walter Schöler
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Volkmar Schultz (Köln)
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier

Jörg-Otto Spiller
Dr. Peter Struck
Wolfgang Thierse
Lydia Westrich
Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Mit der 1995 eingeführten Eigenheimzulage wurde die steuerliche Wohneigentumsförderung gerechter, wohnungspolitisch effizienter und familienfreundlicher umgestaltet. Die progressionsunabhängige Ausgestaltung der Eigenheimzulage hat sich inzwischen vor allem für junge Familien als Erfolg erwiesen, da sie durch die Eigenheimzulage erst in die Lage versetzt werden, Wohneigentum zu schaffen. Damit hat sich die Wohneigentumsförderung für jene Einkommensbereiche deutlich verbessert, für die sie tatsächlich auch etwas bewirkt.

Auch die auf Vorschlag der Fraktion der SPD eingeführte ökologische Komponente zur Ergänzung der Eigenheimzulage hat sich bewährt. Der Fördergrundbetrag wird für bestimmte energieeinsparende Maßnahmen (Solaranlagen, Wärmepumpen, Wärmerückgewinnungsanlagen) um maximal 500 DM im Jahr für Neubau und Bestandserwerb befristet bis Ende 1998 angehoben. Der Fördergrundbetrag kann um weitere 400 DM im Jahr erhöht werden, wenn bis Ende 1998 errichtete Neubauten den Jahres-Heizwärmebedarf des Gebäudes den von der Wärmeschutzverordnung 1994 vorgegebenen Wert um mindestens 25 % unterschreitet (sog. Niedrigenergiehaus-Zulage).

Die ökologische Komponente der Eigenheimzulage läuft zum 31. Dezember 1998 aus. Sie soll um ein weiteres Jahr verlängert werden. Die Befristung der Öko-Komponente wurde auch mit Blick auf die von der Bundesregierung angekündigte Verschärfung der Wärmeschutzverordnung zum 1. Januar 1999 vorgenommen. Da die Bundesregierung bisher keine neue Wärmeschutzverordnung vorgelegt hat, ist die Verlängerung der Öko-Komponente um ein weiteres Jahr auch aus diesem Grunde sachgerecht.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333